

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/024(VI)/17			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 11.08.2017	Hasselbachsaal	15:00Uhr	15:40Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16. 06. 2017 - öffentlicher Teil T0013/17
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen und Informationen
- 5.1 Bildung des Eigenbetriebes „Kommunale Kindertageseinrichtungen Magdeburg“
BE: Bürgermeister DS0291/17
- 5.2 Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH (Wobau)
BE: Bürgermeister DS0319/17

- 5.3 Jahressonderzahlung Fraktionspersonal im Jahr der Kommunalwahl; Prüfauftrag aus Punkt 10 des Stadtratsbeschlusses zur DS 0479/16 vom 18.05.2017 I0187/17
BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung
- 6 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Frank Schuster

Hans-Jörg Schuster

Wigbert Schwenke

Reinhard Stern

Dr. Falko Grube

Jens Hitzeroth

Jens Rösler

Oliver Müller

Jenny Schulz

Olaf Meister

Hugo Boeck

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Ergänzend zur Tagesordnung liegt die Drucksache DS0352/17 – Personalangelegenheit – als TOP 8.4 vor.

Die so ergänzte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 16. 06. 2017 - öffentlicher Teil Vorlage: T0013/17

Die Niederschrift vom 16. 06. 2017 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern bei 1 Enthaltung bestätigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

5. Beschlussvorlagen und Informationen

5.1. Bildung des Eigenbetriebes „Kommunale Kindertageseinrichtungen Magdeburg“ Vorlage: DS0291/17

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Bürgermeister Herr Zimmermann und die Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris teil.

In seinen Erläuterungen gibt der Bürgermeister Herr Zimmermann den Hinweis, dass die vorliegende Drucksache in Umsetzung des Stadtratsbeschlusses vom 24. 10. 2016 zur DS0379/16 - Grundsatzbeschluss zur Schaffung von Plätzen zur Tagesbetreuung für Kinder bis unter 7 Jahre - 2016 bis 2018 – erarbeitet wurde. Hinsichtlich der Eigenbetriebsgründung ist es erforderlich bzgl. der Satzung, der Bilanz, des Anlagevermögens, des Betriebsausschusses und der Position der Eigenbetriebsleitung zu beschließen.

Der Bürgermeister legt dar, davon auszugehen, dass ab Oktober 2018 die neu zu bauenden Kindereinrichtungen genutzt werden können und somit auch die erforderlichen finanziellen

Mittel, die über den Fachbereich 02 organisiert werden, zur Verfügung zu stellen sind. Ab 2019 wird die Finanzierung über das Dezernat V umgesetzt. Insbesondere verweist er darauf, dass die erforderlichen finanziellen Mittel für die Erstausrüstung - wie im Finanzplan und Wirtschaftsplan aufgezeigt - im Haushaltsplan eingeordnet sind. Ebenso verweist er darauf, dass Gebäude und Grundstücke im Eigentum der Stadt verbleiben und, wie bei den Freien Trägern, Nutzungsverträge geschlossen werden.

Der Oberbürgermeister merkt ergänzend an, dass die Eigenbetriebssatzung des KGM entsprechend geändert wird und der bisher zuständige Bereich dem neuen Eigenbetrieb zugeordnet wird.

Bezug nehmend auf die die vorgesehene Anzahl von 3 Mandatsträgern als Mitglieder des Betriebsausschusses bezeichnet Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, diese als ungewöhnlich klein und hinterfragt den Grund hierfür.

Erläuternd verweist der Bürgermeister Herr Zimmermann darauf, dass der Betriebsausschuss nur eine einzige Aufgabe habe – die Begleitung der Kinderbetreuung – und sich eine geringe Größe eines Betriebsausschusses hinsichtlich der Effektivität als positiv erwiesen habe.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, informiert über den noch bestehenden Beratungsbedarf seiner Fraktion und kündigt an, dass möglicherweise noch ein entsprechender Änderungsantrag vorgelegt wird. Als Grund hierfür benennt er, dass auf Grund der geringen Mitgliederzahl manche Fraktionen nicht im Betriebsausschuss vertreten sind.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, begründet die Ablehnung seiner Fraktion zur vorliegenden Drucksache. Seitens seiner Fraktion werde es als falsch angesehen, dass sich die Kommune für die Kindertagesstätten einbringt. Hierfür sehen sie die Freien Träger in der Verantwortung. Zweifel bestehen seitens seiner Fraktion hinsichtlich der Vergleichbarkeit der Betreuung von Einrichtungen durch Kommune und Freie Träger. Kritisch merkt er an, dass der Verwaltungsausschuss die Thematik vor dem Votum des Jugendhilfeausschusses berät. Eingehend auf die drei neu sanierten Kindertagesstätten legt er seine Auffassung dar, dass diese im Eigenbetrieb KGM verbleiben sollten und verweist auf den möglichen Diskussionsbedarf hinsichtlich noch zu sanierender Einrichtungen.

Klarstellend führt der Oberbürgermeister aus, dass die bereits sanierten Einrichtungen nicht von der Eigenbetriebsbildung betroffen sind. Betroffen sind die drei neu errichteten sowie vier neu zu errichtende Einrichtungen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, befindet den Schritt der Eigenbetriebsbildung persönlich als gut, zumal dies in anderen Kommunen bereits vorgemacht wird. Hinsichtlich der Freien Träger merkt er an, dass bei einer Anzahl von 30 Trägern und über 120 Einrichtungen nicht von mangelnder Vielfalt gesprochen werden kann und das Vorhaben seine Unterstützung findet.

Eingehend auf die Anzahl der Mitglieder des Betriebsausschusses regt er an, dies nochmals zu überdenken, da auf Grund der Wichtigkeit der Thematik für ihn vorstellbar sei, dass auch andere Fraktionen im Betriebsausschuss vertreten sein wollen. Mit dem Hinweis auf eine Weiterbildungsveranstaltung zu Fragen bzgl. Betriebsausschüsse und Eigenbetriebsbildungen verweist er auf Fragestellungen hinsichtlich der Zuständigkeiten und Finanzierung für Immobilien. Er äußert die Bitte, klar darzustellen, wo die Verantwortlichkeiten für die Gebäude tatsächlich liegen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bringt sein Unverständnis hinsichtlich der Darlegungen des Stadtrates Schwenke, Fraktion CDU/FDP/BfM, zum Ausdruck. Er verweist auf den bereits erfolgten Beschluss des Stadtrates zur Eigenbetriebsbildung und richtet seine Bitte an Stadtrat Schwenke, in seiner Fraktion die Frage zu klären, ob es eine Zustimmung zur Ausgestaltung der

Eigenbetriebsbildung geben wird oder nicht. Im Weiteren äußert er seine Auffassung, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Freien Trägern und der städtischen Einrichtungen nicht mehr so groß seien. Zu klären wäre für ihn, eine Angleichung der Gehälter sowie die Gestaltung der Abrechnungen. Vom Grundsatz her sieht er eine Anzahl von insgesamt fünf Betriebsausschussmitgliedern als ausreichend an.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, informiert über die aufgeworfene Fragestellung seiner Fraktion hinsichtlich der erforderlichen Kosten auch vor dem Hintergrund der Unterschiede der Einrichtungen und der Grundstücksgrößen. Er nimmt im Weiteren Bezug auf den mit der Information I0030/16 vorgenommenen Vergleich der Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Kindern in kommunaler Trägerschaft mit den Einrichtungen freier Trägerschaft. Eingehend auf die hier abschließend erfolgte Formulierung, dass die Betrachtung der Kostenentwicklung fortzuführen ist, bittet er um eine Fortsetzung der Information.

Der Oberbürgermeister sagt dies zu und informiert, dass seitens des Landes die Kosten für Kindertageseinrichtungen ermittelt werden.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet mit Hinweis auf die insgesamt sieben zu betreuenden Einrichtungen die Eigenbetriebsbildung als sinnvoll und informiert, dass seine Fraktion der Frage zur Anzahl der Betriebsausschussmitglieder offen gegenübersteht.

Abschließend geht die Beigeordnete Frau Borris auf in der Diskussion aufgeworfene Fragen ein und macht erläuternde Ausführungen zur Tarifstruktur. Hinsichtlich der Kosten verweist sie insbesondere auf den Wirtschaftsplan und darauf, dass diese nicht höher sein werden, als bei den Freien Trägern. Die Trägervielfalt werde von ihr unterstützt, jedoch werden keine weiteren Träger mehr dazu kommen.

Im Ergebnis der geführten Diskussion stellt der Oberbürgermeister die DS0291/17 zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0291/17 in seiner Sitzung am 14. 09. 2017 zu beschließen.

5.2. Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH (Wobau) Vorlage: DS0319/17

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Erläuternd zur Drucksache geht der Bürgermeister Herr Zimmermann auf die Gründe für ein Schuldscheindarlehen ein und benennt dessen Vorteile gegenüber einer klassischen Finanzierung, wie die Möglichkeit einer 100 %igen Finanzierung durch die Gesellschaft ohne Erfordernis von Eigenkapital, gesichert über Grundstücke sowie die Erreichbarkeit eines guten Ergebnisses im Bereich der Zinsbildung. Er merkt an, dass dieses Darlehen die Gesellschaft zwar im Bereich der Verbindlichkeiten belastet, aber dafür mehr Anlagevermögen entsteht.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, kritisiert zunächst, dass die Drucksache nicht – wie geplant – zuerst im Fachausschuss FG beraten wurde und wirft die Fragen auf, wie sich die Situation hinsichtlich Schuldscheindarlehen auf dem Markt darstellt, ob sich wieder eine Änderung ergeben kann und welche Geldgeber akquiriert werden.

Hinsichtlich der Geldgeber informiert der Bürgermeister, dass dies in der Regel Versicherungen sind und Institutionen, die viel Geldvermögen verwalten. Er informiert, dass die Nord LB Schuldscheinkonten führen und legt zum Verfahren dar, dass nach erfolgter Beschlussfassung seitens der Nord LB gezielt Investoren angesprochen werden und seriöse Investoren ausgewählt werden. Im Weiteren führt er aus, dass in der Vergangenheit Schuldscheindarlehen schlechter gestellt waren, diese heute jedoch so gut wie Kommunaldarlehen angesehen werden.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, hinterfragt, ob es sich hierbei um ein Modell für die Zukunft handeln könnte und ob sich das Darlehen nur auf das Projekt Domviertel bezieht.

Der Bürgermeister Herr Zimmermann bestätigt, dass das Darlehen zu 100 % für das genannte Projekt ist. Ergänzend verweist der Oberbürgermeister auf den Vorteil, dass kein Eigenkapital nachgewiesen werden muss.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet das Darlehen als gute Lösung für das Projekt Domviertel. Er vertritt die Auffassung, dass es sich jedoch nicht für andere Projekte eignet. Momentan stellt sich hierfür die Situation als günstig dar, zukünftig müsse jedoch gesehen werden, wie die Zinsentwicklung sein wird. Stadtrat Rösler spricht sich für eine Zustimmung zur Drucksache aus.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 11 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 2 Enthaltungen dem Stadtrat, die DS0319/17 in seiner Sitzung am 14. 09. 2017 zu beschließen.

5.3. Jahressonderzahlung Fraktionspersonal im Jahr der Kommunalwahl; Prüfauftrag aus Punkt 10 des Stadtratsbeschlusses zur DS 0479/16 vom 18.05.2017
Vorlage: I0187/17

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt die Fachdienstleiterin im Fachbereich 01 Frau Jeanvré teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/future!, erklärt gem. § 33 KVG LSA sein Mitwirkungsverbot.

Der Oberbürgermeister merkt an, dass mit der Information umfassende Ausführungen zur Thematik vorgelegt werden und es keinen neueren Sachstand gibt. Sollten sich nach der Kommunalwahl Änderungen ergeben, erfolgt eine weitere Information.

Zur Information besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Verschiedenes

Umfassungsstraße/Neue Neustadt

Bezug nehmend auf die für den Stadtrat am 17. 08. 2017 vorgesehene Aktuelle Debatte zu o.g. Thematik hinterfragt Stadtrat Stern, Fraktion CDU/FDP/BfM, mögliche darüber hinausgehende Erkenntnisse.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, über alle ihm vorliegende Erkenntnisse in der Aktuellen Debatte zu informieren. Bezug nehmend auf eine Presseveröffentlichung informiert er weiterhin, dass durch die zuständigen Behörden derzeit Recherchen laufen, die Situation sich insgesamt jedoch sehr kompliziert darstellt. Er kündigt an, dass zur Problematik Hasselbachplatz durch den Beigeordneten Herrn Platz berichtet wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin